

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohdruck  
Tageblatt Rieser  
Jahrgang Nr. 20.  
Postfach Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1580.  
Verleger:  
Rieser Nr. 12.

Nr. 296.

Montag, 21. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres sind von Produktionsveränderungen, Erhöhungen des Papiers und Materialpreises befreit und das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 5 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 15 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Anzeigungsverträge werden an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Aktivität.

Das politische Schlagwort von der Aktivität hat insofern Formen angenommen, daß man verpflichtet ist, es einmal unter die Lupe zu nehmen. Was heißt Aktivität? Aktivität wird heute von fast allen Parteien gepredigt, nachdem man sehen mußte, daß eine aktive Bewegung einen unerhörten Aufschwung nahm. Sicherlich liegt in der nationalsozialistischen Führung der Wille zur Aktivität, zeigt sich in der Bewegung eine gewisse Mäßigkeit, die man als Aktivität ansehen, anpreisen kann. Und der Erfolg dieser Beweglichkeit, dieser politischen Arbeit reist nun zur Nachahmung. Aktiv will die Sozialdemokratie sein, aktiv wollen die Gewerkschaften auftreten, Aktivität predigt das Reichsbanner, aktiv sein, ist alles, verkündet der Stahlhelm. Dugenberg hat für die Deutschnationalen eine aktive Politik ausgerufen. In Zentrumskreisen hörte man die Mahnung zur aktiven Betätigung.

Alle wollen sie sich gewissermaßen in den Vordergrund schieben, alle wollen sie die Masse der Wähler aufrufen, um Anhang zu werben. Das kann doch in gewissem Sinne nur der Zweck der Aktivität sein.

Doch wird das Schlagwort leider verkannt, falsch gedeutet, es hat oft zweierlei Sinn, es steht aus, als ob man etwas anderes als Mäßigkeit, Beweglichkeit, Trommel rühren verstanden will. Und doch kann sich eine Aktivität in der Politik nur durch Versammlungen, durch Verarbeit, also durch Flugblatt-Verbreitung, durch Organisationsmaßnahmen ausdrücken. Je mehr eine Partei oder Gruppe an die Öffentlichkeit kommt, desto aktiver erscheint sie. Sie muß es nur verstehen, dieses öffentliche Auftreten werbetätig zu machen. Sie muß gute Werbeleute haben. Auch die politische Bewegung braucht die neue Werbeleute. Alte Methoden sind überholt. Schreiende Plakate, wirksame Flugblätter, geschickte Programme reizen die Masse, machen sie neugierig, und aus Neugierigen setzt sich bekanntlich erst ein Erfolg zusammen.

Aktivität heißt weiter, die Presse alarmieren, öffentlich von sich reden machen, heißt geschickte Fragen zur Diskussion stellen. Es braucht nicht Demagogie zu sein. Aktiv ist jene Partei oder Gruppe, die den Lesern der Zeitungen den Atem nicht ausgeben läßt und die nicht müde wird, immer wieder zu trommeln und eine ungefähre Stimmung auszumachen.

Und nun gibt es in vielen Parteien und Gruppen gerade unter den jungen Anhängern Engländer, die aktiv sein mit einem kriegsmäßigen Ausfall vergleichen, die sich einreden, man müsse auf die Straße gehen, Barricaden bauen, zeigen, daß man da ist und kämpfen will. Das Wort Kampf steigt viel zu oft und zweideutig hin und her. Wir leben in einer Zeit, da mit geistigen Waffen gekämpft werden muß. Und wenn Führer zum Kampf aufrufen, meinen sie den Kampf mit geistigen Waffen. Sie denken nicht daran, ihre Anhänger auf die Straße zu preschen und sie den Schüssen von Polizei oder Reichswehr auszuliefern. Wahnsinn ist es, wenn junge Stürmer und Dränger das Schlagwort von der Aktivität oder den Aufruf zum Kampf wortwörtlich nehmen und auf den Augenblick warten, da sie auf die Straßen gehen, Faustkämpfe ausführen können. Die Führer wären verblendet, die ihre Anhänger zu Straßenkämpfen ermunterten und nicht einsehen wollten, daß heute keine Partei einen Straßenkampf gewinnen kann. Nun Kampf gehören nun einmal Waffen. Waffenlose Kämpfer werden zu lächerlichen Erscheinungen. Es ist nicht heroisch, sich hinter Barricaden aufzustellen, mit Worten zu fechten und sich niederzulegen zu lassen.

Diese einfache Tatsache zeigt am deutlichsten, wie abwegig jener jugendliche Ueberstrom ist, der sich in allen Parteien breit macht und die alten Führer verläßt, der den Aufruf zum Kampf in seinem Sinne auffaßt und Aktivität in legaler Weise nicht verstehen will.

Die Führer haben heute in allen Parteien schwere Arbeit, die Heißblütigen vor Unüberlegtheiten zu warnen. Und wenn das ihnen gelingt, so beweist es am besten, daß sie die Führung wirklich noch in der Hand haben. Hören wir von politischen Zusammenstößen, von Schlägereien, von Schießereien, so werden wir noch lange nicht von einem politischen Kampf oder einer gesteigerten Aktivität reden können. Das sind lediglich Auswüchse, das sind Entgleisungen aller Heißblütiger, die keine Demungen haben und denen die gesunde Ueberlegung abgeht. Sie mögen ähnlich Gesinnungen in anderen Parteien als Vorbild erscheinen, sind es aber nicht. Sie sind die Samenständer jeder politischen Bewegung.

Die Aktivität und der politische Kampf hat mit Waffen und mit dem Faustrecht nichts zu tun. Führer müssen sich eine große Gefolgschaft sichern, diese Gefolgschaft beherrschen, sie zu Versammlungen, Kundgebungen, aufzurufen können, sie müssen gestützt auf diese sichere Gefolgschaft auf legalem Boden den Kampf führen können. Das heißt, sie müssen der Regierung Forderungen unterbreiten, müssen die Kraft und die Macht besitzen, mit parlamentarischen Mitteln zu drohen. Parlamentarische Mittel aber sind die Regierung des Volkes, die Bestimmung des Parlaments über die Regierung. Es gibt keine Regierung, die sich dem Ansturm einer Partei widersetzen kann, sofern diese Partei für das Geschick der Regierung etwas bedeutet. Dabei aber ist wiederum der „Ansturm“ nicht mißzuverstehen. Ansturm heißt im parlamentarischen Leben,

## Noch immer kein Fortschritt in Basel.

Basel. Die Mitglieder des Sonderausschusses arbeiten mit Hochdruck, um noch vor Weihnachten fertig zu werden. Ob das bei der Haltung namentlich der französisch-belgisch-schweizerischen Gruppe möglich sein wird, war allerdings recht fraglich geworden, und die Vollziehung des Ausschusses war auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die am Sonnabend bis in den Abend hinein geführten Verhandlungen bei dem Präsidenten Beneduce wurden am Sonntag vorzeitig wieder aufgenommen. Dr. Reichler hatte auch eine Sonderbesprechung mit Walter Lantow. Gewisse Gesichtspunkte, z. B. der Ernst der deutschen Krise, trikkalischeren sich allmählich zu Formulierungen, andere stehen aber noch ganz offen. Auch die Frage, ob zu dem Ausweg eines Neuzug und Winderheitsgutachten gestritten wird, ist noch gänzlich unentschieden.

Wenn dem Beratenden Sonderausschuss auch keine Regierungsvorteiler oder Präsidenten der Notenbanken angehören (denn bei der Prüfung der deutschen Verhältnisse soll der Sachverständigencharakter gewahrt werden), so liegen seine Entschlüsse im Grunde genommen doch auf politischem und wirtschaftspolitischen Gebiete. Die Unterausschüsse für Haushaltsfragen und für die Reichsbahn haben ein noch schärferes Bild von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands entwickelt, als es vielleicht in den Berichten der deutschen Vertreter zum Ausdruck kam. Diese elementaren Tatsachen fordern unbedingte Maßnahmen, wenn es nicht eines Tages zu spät sein soll. Sir Lantow selbst bestätigte laut Journale Industrielle, daß man die Sterilisationsmaßnahme so lange nicht radikalieren könne, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch die Tribute verhindert werde. Man muß sich noch auf einen scharfen Kampf um die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Gutachtens gefaßt machen.

### Die Front der Verständigen.

Daß die Front der Vernunft in Basel jedenfalls zahlenmäßig die stärkere sein wird, glaubt der Baseler Berichtserstatter der in London erscheinenden Sunday Times mitteilen zu müssen. Er will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß bereits die Vertreter von sechs Ländern eine ablehnende Haltung gegenüber einer nur zeitweiligen Regelung der Tributfrage einnehmen. Es handelt sich dabei außer um Deutschland um England, Japan, Holland, die Schweiz und Schweden. Die Vertreter dieser Staaten würden sich einem Bericht des Sachverständigenausschusses widersetzen, wenn dieser eine Wiederaufnahme der deutschen

Trübsalzahlungen bei Verbesserungen der Wirtschaftslage für möglich halten sollte.

Basel. Die Mitglieder des Sonderausschusses hielten überraschenderweise am Sonntag nachmittags eine Geheimkammer ab, die vier Stunden dauerte. Es verstärkte sich bei den Mitgliedern des Sonderausschusses die Auffassung, und dies wird auch in dem Bericht besonders zum Ausdruck kommen, daß ein wirtschaftlich zusammenbrechendes Deutschland auch die übrigen Länder mit sich ziehen und zu einer allgemeinen Gefahr werden würde.

Ueber die Schlussfolgerungen und Empfehlungen ist der Kampf noch immer im Gange. Man rechnet damit, daß der Entwurf noch am Montag den Ausschussmitgliedern vorgelegt werden kann. Die Schlussfassung könnte dann am Dienstag oder Mittwoch fertig sein.

Der materielle Teil des Hauptberichtes, der die von den Unterausschüssen erstatteten Gutachten über die Lage Deutschlands im einzelnen umfaßt, ist größtenteils fertig gestellt. Er ist ausführlicher als der Lantow-Bericht und mit einem viel umfangreicheren Zahlenmaterial versehen.

### Sondener Blätter zu den Baseler Beratungen.

London. (Funkdruck.) „Daily Telegraph“ schreibt, der Bericht des Baseler Sonderausschusses werde vermutlich noch energischer als der Lantow-Bericht vom August auf die deutsche Zahlungsunfähigkeit hinweisen, aber die Schwierigkeit bestände darin, das politische Feld dabei zu vermeiden.

Der Baseler Vertreter der „Times“ meldet, der Wortlaut des Berichtes werde demnächst verändert. Alles sei sich einig, daß Deutschland die geschätzten und vernünftigen auch die ungeschätzten Reparationen nicht anbringen könne. Aufeinander werde aber der Ausschuss keine sehr präzisen Empfehlungen machen, wenn er auch die Reparationen auf die dringende Notwendigkeit einer schnellen Aktion hinweisen werde. Eine Zeitlang scheine im Ausschuss eine völlige Annäherung der Reparationen und Schulden lebhaft befürwortet worden zu sein, aber die Haltung des amerikanischen Kongresses habe gezeigt, daß derartige Bestrebungen hoffnungslos seien. Der Korrespondent schließt: Die französische Auffassung, daß das Prinzip des Young-Plans aufrecht erhalten werden muß, und daß nur ein Provisorium erfolgen soll, bedeutet die Verewigung der Ursachen der gegenwärtigen Ungewißheit.

## Das Hoover-Moratorium angenommen.

Washington. Das Repräsentantenhaus nahm das Hoover-Moratorium mit 317 gegen 100 Stimmen mit dem vom Finanzausschuss angenommenen Zusatz, der sich gegen die Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden richtet, an.

Der Korrespondent der Londoner „Times“ in Washington will erfahren haben, daß Staatssekretär Stimson vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses eine vertrauliche Erklärung über die Aussichten in Zentralamerika abgegeben habe, die er als höchst beunruhigend bezeichnet hätte. Es besteht Grund zu der Annahme, meldet der Korrespondent, daß der Staatssekretär dem Ausschuss warnend erklärte, ernste Ereignisse könnten unter Umständen in den nächsten Tagen erwartet werden.

Präsident Hoover hat einigen Mitgliedern des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses bei einem Frühstück verschiedenes mitgeteilt, was aber nicht bekanntgemacht ist, da die Teilnehmer zum Stillschweigen verpflichtet wurden. Es heißt, daß der Präsident die Beschlüsse in den letzten Tagen gemalt und bemerkt habe, die Beteiligten Staaten könnten sich den Schwierigkeiten der Weltlage nicht entziehen.

Der Präsident der National City Bank, Mitchell, bestätigte vor dem Finanzausschuss des Senats die Angabe Lamonts, daß die deutschen Anleihen von weiten Kreisen des amerikanischen Publikums gekauft worden seien. Mitchell betonte, daß Deutschland seine Privatschulden bezahlen

werde, wenn man es wegen der politischen Schulden nicht zu hart bedränge. Andernfalls würde nicht nur Deutschland zusammenbrechen, sondern dies würde auch Frankreich, England und Amerika teuer zu stehen kommen.

### Der Senatsausschuss folgt dem Repräsentantenhaus

Washington. Der Finanzausschuss des Senats hat noch am Sonnabend den Repräsentantenhausantrag in der vom Repräsentantenhaus verabschiedeten Fassung mit der Einräumungsklausel angenommen.

Das Vorstandsmitglied der National City Bank, Mitchell, erklärte dem Ausschuss, daß eine Einräumung der Kriegsschulden unmöglich sei. In Europa, insbesondere in Deutschland, greife der „Geist der Revolte“ gegen die Schuldzahlungen immer weiter um sich. In Deutschland wachse eine neue Generation heran, die die Verantwortlichkeit für die Tributzahlungen in den nächsten 22 Jahren ablehne. Es wäre ein wahres Wunder, wenn die Kriegsschuldenszahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums wieder aufgenommen würden. Amerika werde es für ratsam erachten müssen, weitere Zugeständnisse zu machen. Wie der Redner zugab, hat die National City Bank in den letzten 12 Jahren durch die Begebung fremder Anleihen 18 Millionen Dollar verdient.

Der Senat hat beschlossen, in die Aussprache über das Hoover-Moratorium erst am Montag einzutreten.

das geschlossene Auftreten hinter einer Forderung, das geschlossene Auftreten bei einer Abstimmung, die geschlossene Forderung in öffentlichen Kundgebungen, die Betonung: hier ist die Masse einer Partei, die einen Willen hat, diese Taktik, und Taktik ist der wahre Ausdruck einer Aktivität, muß zum Erfolg führen.

Wenn also in unserer Zeit von dieser oder jener Partei aktive Betätigung ausgerufen wird, so heißt es, die Partei werde gestützt auf ihre Massen, ihren Willen auf legalem Wege verfechten und gewissermaßen im bürgerlichen Sinne eine Art Erpressung ausüben. Im Grunde heißt es Erpressung, wenn eine starke Partei der Regierung ein Ultimatum stellt, ihr verläßt, sie habe die Forderung zu erfüllen, wenn sie nicht gestürzt werden wolle. Aber im parlamentarischen Leben ist diese Wankprobe eben keine Erpressung, sondern der vorgeschriebene Weg.

Und diesen vorgeschriebenen Weg wollen doch — abgesehen von einzelnen Ueberreizten — alle gehen, die als Führer die Verantwortung tragen müssen. Man will durch die Wucht der Massen, die hinter der Führung stehen, einen Zwang ausüben. Die Wucht der Massen aber kann nur zahlenmäßig in Erscheinung treten. Sie wird mehr geahnt, als wahrgenommen. Umzüge, Versammlungen, Vorfestimmungen sind nur der Ausdruck eines Bruchteils der Masse.

Gerade in unseren geruhlosen Tagen des Weihnachtsfriedens haben wir Ruhe, und mit der Frage der Aktivität auseinander zu setzen, denn jetzt ist sie überall entleert des äußeren Ausdrucks. Sie tritt nur als Schlagwort auf. Dieses Schlagwort aber hat doch eine eigenartige Kraft und es wird zur Lächerlichkeit, wenn es zu zweideutig gebraucht wird und der Parole schließlich keine jener Aktionen folgt, die die Aktivität beweisen können.